

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

29.9.1919 (No. 227)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 M 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 M 90 P — Einzelnummer 10 P — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 30 P zuzüglich 30 % Steuerzuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von früherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Das Ehrenzeichen für treue Arbeit.

Da nach einem kürzlichen Beschluß des Staatsministeriums das Ehrenzeichen für treue Arbeit und das Arbeiterinnenkreuz weiter verliehen werden soll, läßt das Arbeitsministerium zurzeit neue den heutigen Verhältnissen angepaßte Ehrenzeichen entwerfen. Sobald über die neue Form entschieden ist, werden Ehrenzeichen für treue Arbeit wieder verliehen, rückwirkend auch an diejenigen, welche in der Zwischenzeit nur eine schriftliche Anerkennung erhielten und an die, welche bereits zur Auszeichnung vorgeschlagen sind. Da in dem neuen Ehrenzeichen das in Ausarbeitung begriffene neue Staatswappen Verwendung finden muß, wird noch einige Zeit bis zur Ausgabe des neuen Ehrenzeichens vergehen.

Der Verkehr mit Seife.

Nach der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 25. August 1919 sind einige wichtige Änderungen in dem Verkehr mit Seife eingetreten. Die nach den Bestimmungen des Überwachungs Ausschusses der Seifenindustrie hergestellten fetthaltigen Waschlappen sind nunmehr markenfrei, mit Ausnahme von Seifenpulver. Die Abgabe von Schmierseife ist gestattet mit Ausnahme von solcher, die zur Verwendung zu technischen Zwecken bestimmt ist; diese Seife darf nur mit Zustimmung des Überwachungs Ausschusses der Seifenindustrie abgegeben werden.

Durch die vorstehende Neuregelung ist den Wünschen der Bevölkerung nach besserer Versorgung mit Seife, soweit es nach Sachlage möglich erschien, Rechnung getragen worden.

Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.

Zwischen der französischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete (ausgenommen Elsaß-Lothringen und das Brückenkopfgelände von St. Etienne) und dem unbesetzten Deutschland können nach neueren Mitteilungen alle zur Verwendung zugelassenen Waren in Paketen mit Wertangabe bis 100 M. versandt werden.

Höhere Wertangabe als 100 M. ist in der angegebenen Verkehrsbeziehung nur bei Paketen mit barem Geld oder Wertpapieren zugelassen.

Die Ausübung der Jagd durch Ausländer.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1920 an sind Jagdpässe für Reichsausländer nur noch auszustellen, wenn diese ihren Wohnsitz im Reichsland haben. Als Ausländer sind auch elsass-lothringische Staatsangehörige zu behandeln. Ausnahmen dürfen nur gemacht werden für Reichsausländer, die jetzt schon Jagden in Baden gepachtet haben, aber nur für die Dauer der noch laufenden Pachtzeit.

Die Verpachtung von Gemeindejagden an Reichsausländer, die im Inland keinen Wohnsitz haben, ist in Zukunft nicht mehr zulässig.

Die Gewährung staatlicher Beihilfen zur Umdeckung von Schindeldächern.

In Abänderung früherer Erlasse hat das Ministerium des Innern angeordnet, daß mit Rücksicht auf den außerordentlichen Mangel an Dachziegeln die staatliche Beihilfe zur Umdeckung von Schindeldächern in Ziegeldächer bis auf weiteres auf solche Fälle beschränkt wird, in welchen eine Schindelreparatur sich nicht mehr lohnt oder eine Neueindeckung mit Ziegeln nach Lage der örtlichen Verhältnisse aus feuerpolizeilichen Gründen unbedingt geboten erscheint.

Die Höchstpreise für Kunstwolle.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht in Nummer 165 vom 24. Juli 1919 eine Bekanntmachung der Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle über Abänderung der Höchstpreise für Kunstwolle aller Art.

Auf diese Bekanntmachung werden die Interessenten besonders hingewiesen.

Die Nöte unserer Zeit.

Minister Adam Remmele schreibt im „Vollstreuer“:

Die Preisgabe der Zwangswirtschaft für Leber und Gaster, die vom Handel, von der Industrie und selbst von Arbeiterkreisen so dringend gefordert worden war und die damit verbundene Preissteigerung haben im ganzen Reich eine große Aufregung verursacht. Für Baden kam auch noch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Obst dazu. Die schlechten Aussichten der Kohlenversorgung, sowie die Störungen im Verkehrsweesen gaben gleichfalls Veranlassung zu trüber Stimmung. Insbesondere sind es diejenigen Preise unserer Bevölkerung, welche die vor einigen Wochen sich abspielenden Vergarbeiterausstände und die Unterbindung des Transportwesens bejubelten, die mit harten Worten gegen die lahme Regierung weitem, weil diese nicht instande ist, die Kohlennot und die durch sie verursachte Arbeitslosigkeit zu beheben. Daß die Wohnungsnot immer noch vorherrscht, wird gleichfalls der Regierung und insbesondere den in der Regierung tätigen Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben. In Verbraucherverfammlungen spricht man lebhaftest von der Notwendigkeit, daß es nicht noch zehn Monaten bis allgemeiner Umsturz immer noch Lebensmittelpnot herrscht und man bislang noch nicht in stande gewesen sei, die Lebensmittelpnot über und die Wucherer schachtmitt zu bringen.

Dieser Verwunderung folgen dann in der Regel die schärfsten Anklagen und keiner der Kritiker denkt daran, daß er Wochen hindurch mitgeholfen hat, gegen die Zwangswirtschaft zu rufen, durch welche so viele Lebensmittel zu Schaden kämen. Die Preise hat Einfendungen des Handels, der angeblich alles besser machen wollte, in großer Zahl anstandslos aufgenommen und in der Öffentlichkeit dadurch den Eindruck hervorgerufen, als ob überhaupt niemand mehr die Zwangswirtschaft verteidigen würde. In allen Gesellschaftsschichten zeigt sich gar kein Wille mehr, die Vorschriften der Zwangswirtschaft irgendwie zu beachten. Produzenten wie Händler, alle haben sie nur den Eigennutz im Auge. Wie freut sich nicht der Verbraucher, wenn er in Wirtschaften eine Fleischportion ohne Fleischmarken hingestellt bekommt, oder wenn er beim häuerlichen Nachbarn täglich seine Milch abholen und Eier seinem Arbeitskollegen in die Stadt bringen darf. Wie viele der auf dem Lande wohnenden Arbeiter waren nicht in den letzten Wochen damit beschäftigt, Gerste, Korn und Weizen in Nachfüden und sonstigen Packungen aus der Fabrik zur Arbeit mit in die Stadt zu nehmen, um sie hier als Kaffeefahrsah oder Melbzug aus an den Mann zu bringen.

Die Kontrollreure des Landespreisausschusses werden in ihrem Dienst in der unfähigsten Weise beleidigt. Weiße Raben sind es nur, die zur Verteidigung der Lebensmittelkontrollreure den Mut finden. Wieviele Kartoffeln werden nicht in den nächsten Wochen wieder trotz der angekündigten reichlichen Versorgung gehamstert und geschleichhandelt. Nach dem Preis fragt hierbei niemand. Von Zeit zu Zeit kommt dann aber die Erregung aus irgend einem Anlaß und hierbei wird dann „ausgepackt“. Ein paar Minister und ein paar Dugend Bezirksamtsvorstände sollen gut machen, was Millionen von Staatsbürgern helfen zugrunde richten.

Aber Baden ging ein reiches Obffegen nieder. Es war anzunehmen, daß die gesamte Bevölkerung Obst zu annehmbaren Preisen erhalten könnte, und daß auch Obst zur Ausfuhr nach außerbadischen Gliedstaaten frei sein würde. Der „freie Handel“ hat seinen Befähigungsnachweis jedoch nicht erbracht. Unbändige Profitgier brachte eine Preissteigerung zumege, die als unerhört bezeichnet werden muß. Man sagt der Regierung, Höchstpreise sollten hiergegen eine gute Arznei sein. Die alte Erfahrung aber zeigt, daß Höchstpreise weder vom Produzenten noch vom Händler, noch von großen Massen der Verbraucher geachtet werden. Höchstpreise ohne Zwangswirtschaft sind Unsinn. Um dem Wucher mit Obst ein Ende zu machen, wurde für den Großverkehr ein Handelsmonopol aufgerichtet. Diergegen wird der Handel natürlich schärfste Stellung nehmen und in sein Horn werden, dessen darf man sich bewußt sein, recht bald alle jene Kreise der Bevölkerung stoßen, die der Regierung übel wollen.

Das Unglück unserer Zeit liegt eben darin, daß die Massen des Volkes so schnell vergessen, was gewesen ist und nicht begreifen, was nicht sein kann. Beim Zusammenbruch waren die Lagerhäuser leer, die Rohstoffe fehlten, die Maschinen waren zugrunde gerichtet, das Eisenbahnmateriale und die sonstigen Transportmittel nicht mehr in Ordnung. Was vom Auslande hereingebracht werden konnte, gleich einem Tropfen auf einen heißen Stein, und die Art, wie nach langem Geschei der freie Handel Rohstoffe und Lebensmittel vom Auslande hereingebracht, führte uns hinsichtlich der Valutagestaltung mit in ein neues Unglück. Wer auch in der Regierung säße und welche Regierungsform auch immer bestände, über

dieses Elend kommt ein geschlagenes und zusammengebrochenes Volk nicht in ein paar Monaten hinweg. Man kann ein Haus in wenigen Tagen einreißen und Millionenwerte in ein paar Stunden vernichten, man kann aber dieses Haus und die Millionenwerte erst wieder durch mühselige Arbeit selbst schaffen.

An diese ewige Wahrheit muß man selbst klaffenbewußte Arbeiter immer wieder erinnern. Wahr ist, daß das deutsche Volk in diesem Jahre besser genährt wird, wie im Jahre 1918, insbesondere aber bedeutend besser gegenüber dem Hungerjahre 1917. Hungerstrophus und Ruhr hatten in den zwei vorhergegangenen Jahren mit unerbittlicher Härte ihre Opfer gefordert. Wichtig ist, allerdings auch, daß wir teurer leben; sehr viel teurer denn insbesondere, wenn die Familie Kleidungsstücke, Schuhwerk und Haushaltgegenstände benötigt. Wie kann es aber auch anders sein, wenn für weite Kreise des Volkes die Revolution nichts anderes bedeutet als eine große Lohnbewegung, wenn Schieber und Wucherer den Mangel an Staatsautorität als Freiheitszeit zur Ausbeutung des Volkes ansehen, und wenn infolge der allgemein gesunkenen Moral niemand mehr hilft, werttätige Arbeit zur Befestigung der Schmarotzerpflanzen am Volkskörper zu leisten. Habgier hat das Volk in weiten Kreisen erfaßt, zu Hunderttausenden tanzt es wie toll um das goldene Kalb, wie wenn hiervon das Glück und die Wohlhabenheit abhängen. Diese Demoralisation ist gleich einer schweren Eiterbeule, die einstens noch einen fürchterlichen Gestank verbreiten wird.

„Was not tut.“

Der in Freiburg i. Br. erscheinende „Landwirt“, Wochenzeitschrift für die kleineren und mittleren Landwirte Badens, äußert sich in Nr. 6 vom 19. September in beachtenswerter Weise zu der Frage der Zwangswirtschaft und der Belieferung der Städte mit Lebensmitteln.

Und zwar geschieht dies natürlich ganz vom Standpunkt der Bauern aus. Wir halten es aber für unsere Pflicht, auch diesem Standpunkt zum Gehör zu verhelfen. Die Städte des Volkes müssen sich untereinander aussprechen und in der gemeinsamen Aussprache das Mittel zur Vesserung ausfindig machen.

Der Artikel des „Landwirts“ lautet im wesentlichen:

Wir wollen auch auf die Arbeiter Rücksicht genommen wissen, wir finden es aber ungerecht, daß wir denjenigen Teil der Konsumgüter, die nach ihrer Vermögens- und Einkommenslage die Sachen bezahlen können, mit eigenem Verluft so billig versorgen. Es muß dies klar betont werden und die Kommunalverbände werden eben dazu kommen müssen, den Vorschlag des Herrn Prof. Schüle anzuwenden, wonach die Abnehmer ihre Lebensmittel nach ihrem Vermögen und Einkommen gestaffelt bezahlen müßten. So würde ein gerechter Ausgleich geschaffen und die Möglichkeit gegeben werden, die Landwirte entsprechend zu bezahlen. Alle Einwendungen sind hier nicht stichhaltig; es muß gehen, und es muß etwas von Seiten der Regierung in dieser Hinsicht geschehen. Die Produktion ist abhängig von der Rentabilität, da hilft alles reden nichts. Wenn nichts verdient wird, dann kann nicht alles angewendet werden, um Höchstpreise zu erzielen und diese sollten wir doch haben. Nicht billige Lebensmittel, sondern viel Lebensmittel können uns helfen.

Wir Bauern können die verlangten Lebensmittel aber beim besten Willen nicht aus dem Armel schütteln. Wir hoffen im letzten Jahre, daß nach dem Kriege der notwendige Kaufmünger uns von der Industrie in reichstem Maße wieder geliefert würde, wir hoffen besonders auf große Mengen Stüdfstoffdünger, der uns ermöglicht haben würde auf der angebauten Fläche, 30-40 Prozent mehr zu erzeugen. Aber weit gefehlt! Es kommen einige Prozente der bestellten Waren, diese aber so spät, daß es vielfach ausgeschlossen war, sie noch erfolgreich anzuwenden zu können. Hier fehlt es; und wir Landwirte können doch dafür nicht verantwortlich gemacht werden?

Aber davon liest man nichts, spricht man nichts, denn die Streiks der Arbeiter in den Düngerefabriken, in den Kohlenbergwerken, die sind ja berechtigt und bezwecken nur die Vesserung ihrer Lage. Warum fällt es da niemand ein zu sagen, daß die Lebensmittelversorgung durch diese Streiks zu einem großen Teil unmöglich gemacht wird? (Solches ist natürlich hier in der „Karlsru. Ztg.“ oft genug geschehen. Red.) Aber auch bei der größten Mühe der Landwirtschaft würde diese nicht genug Lebensmittel produzieren, wir müssen solche einführen, das weiß doch der Arbeiterstand. Zur Einfuhr müssen wir aber Mittel haben um sie zu bezahlen und da wir kein Geld dazu haben und unsere Valuta durch die ewigen Streiks so schlecht geworden ist, da müßte man doch Tauschmittel haben. Kohlen und die vielen Industrieartikel, die das Ausland braucht, wären da zu Brot und Fleisch geworden.

Doch der Bergmann, der Industriearbeiter, die dürfen ja streiken! Der Bauer soll das Brot dazu liefern! Was der Bauer verkauft, auch das im Schleichhandel, das kommt doch alles der Ernährung des Volkes zu gut, das muß festgestellt werden. Aber das sei hier auch gesagt, daß wir alle den Schleichhandel als sehr böse Tat verwerfen, obgleich auch da eigentlich keine Nahrungsmittel verloren gehen; aber sie kommen meistens nicht dahin, wo Not zu lindern ist, wie es das Gesetz verlangt.

Aber was tut die Arbeiterschaft? Einem Bauern wird es nie einfallen nur so viel Milch zu melken als er selber braucht,

nur sein Brotgetreide zu ernten, nur seine Karloffeln zu herten! Der Arbeiterstand aber läßt sein Brot, seine Karloffeln im Boden liegen, seine Milch und Butter im Guter der Auslands. Er hat nicht notwendig, für sein Brot zu arbeiten, er darf streiken, um seine Lebenshaltung zu verbessern! Die verlangen den Mehrbetrag an Papiergeld aus Volkswohl und wenn der Bauer nur seine Kosten verlangt, dann ist es Egoismus, blinder Wucher, Staatsverbrechen! Bitter steigt es einem die Kehle herauf, wenn man dies Alles erwägt. Wo ist da Gleichheit, wo die Sorge für die Allgemeinheit! Nicht bei uns, bei denen, die uns in gefährlicher Weise im Leben, in den Mäthern entgegengetreten, bei denen fehlt die richtige Erkenntnis der Lage.

Wir haben bisher unsere Pflicht getan und wir werden sie weiter tun, so schwer es uns auch gemacht wird. Nicht wir sind es, die die Bevölkerung aufheben, die den Staat an den Abgrund führen, sondern die Mäthern! Nehmt doch Vernunft an, wir liefern ja ab, was Gott und unsere Arbeit uns wachsen ließ, mehr können wir nicht! (Ja, wenn das wirklich wahr wäre, wenn das wirklich geschähe, dann bräuchten wir nicht zu klagen. Es geschieht aber eben nicht. Red.) Jetzt zeige einmal der andere Teil, daß die Vernunft wieder kommt. Wenn es aber nicht freiwillig geht, so müssen eben die Gesetze dieses erzwingen.

Ein Ausnahmegesetz muß kommen und dies wird von uns beantragt werden und das heißt: 1. Solange die Zwangsbeschaffung der Lebensmittel notwendig ist, wird jeder Streik verboten. 2. Wer sich an einem solchen beteiligt oder ohne zwingende Notwendigkeit nicht die ihm zukommende Arbeit ganz und voll ausführt, wird mit Gefängnis bis zu drei Wochen bestraft. Die Strafe muß in allen Fällen durch Sungeren verstärkt werden. 3. Wer die ihm auferlegten Mengen an Lebensmitteln nicht richtig abliefern, ohne einwandfrei nachweisen zu können, daß ihm dies unmöglich war, wird mit Gefängnis bis zu drei Wochen, verstärkt durch Sunger, bestraft.

Man soll sehen, daß es ernst ist, daß auch wir Bauern uns unter die strengen Gesetze stellen wollen. Wir hoffen, daß so die Ordnung kommt, die wir schon so lange vermissen. Dauerlich ist es, mit solchen Mitteln zum Ziele kommen zu müssen; aber es bleibt kein anderer Weg. Möge er bald beschritten werden!

Politische Neuigkeiten.

Der Notetat im Reichsrat.

Berlin, 27. Sept. Im Bundesratsaal des Reichstages fand heute abend 7 Uhr eine öffentliche Reichsratsitzung statt. Den Vorsitz führte Reichsfinanzminister Erzberger. Der Reichsrat behandelte zunächst den Notetat, dessen Entwurf der Nationalversammlung alsbald zugehen soll. Als Berichterstatter über die Ausschüßarbeiten führte Ministerialdirektor Wolff aus, daß für den Etat unerlässlich größte Sparbarkeit zu gelten habe. Mit der früher möglichen Großzügigkeit müsse gebrochen werden, und zwar sofort. Man sei im Ausschüß des Reichsrats erkannt gewesen, daß für Heer und Marine noch immer sehr erhebliche Summen in den Notetat eingestellt worden seien. Die Regierung habe auf Befragen erklärt, daß die Abwidelung der Beschäfte nach immer besondere Mehrausgaben nötig mache. Die 15 Milliarden, die im Notetat für die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Verpflichtungen in Rechnung gestellt seien, seien nicht beanstandet worden, da von dieser Summe ja nicht mehr zur Ausgabe gelangen werde, als notwendig sei. Die von der Postverwaltung beigebrachten Gründe für die Notwendigkeit eines Erweiterungsbauwerks hätten den Ausschüß nicht überzeugen können. Die erwähnte Position sei deshalb gestrichen worden.

Der Vertreter Preußens gab hierauf folgende Erklärungen ab: „Die preussische Regierung — und ich bin ermächtigt, dies auch im Namen der anderen Regierungen zu erklären — hält es für eine der dringendsten Aufgaben des Reichsrates, die Bemühungen des Reichsfinanzministers bezüglich der größten Sparbarkeit zu unterstützen. Sie hat ihre Haltung gegenüber diesem Notetat — wie es auch die übrigen Regierungen getan haben — von diesem Gesichtspunkt leiten lassen. Der Reichsrat wird daher dem Notetat in der von den Ausschüßen beschlossenen Form einstimmig annehmen.“

Reichsfinanzminister Erzberger sprach dem Reichsrat für diese Erklärung seinen Dank aus und erklärte, daß die Reichs-

regierungen dem Notetat in der vom Ausschüß beschlossenen neuen Form einstimmig zustimmen.

Der Reichsrat wandte sich nunmehr den Ergänzungen des Entwurfes an. Bayerischer Gesandter Boden berichtete über die Ausschüßarbeiten und führte u. a. zu dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung aus, daß der Ausschüß mit der Postverwaltung Verhandlungen über die sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Personalbeschränkungen infolge der Verminderung des Reichsgebietes gehabt habe. Die Postverwaltung habe erklärt, daß sich der Umfang der sich aus den angebotenen Gründen wahrscheinlich ergebenden Personalbeschränkung noch nicht übersehen lasse und daß daher Abstriche vom Etat unerwünscht seien. Der Ausschüß beschloß, dem Notetat eine auf die angeführte Tafel bezugnehmende Erklärung beizugeben. Der Reichsrat stimmte dem zu.

„Ein Vertrauensvotum für Noske.“

Der „Kartäris“ schreibt: „Die gestrige Fraktionskonferenz unserer Berliner Fraktion stellt ein besonderes Ereignis in unserer Parteigeschichte dar. Sie hat das Vertrauensverhältnis zwischen der Berliner Parteigenossenschaft und dem Genossen Reichsminister Noske, der an exponierterer Stelle steht, neu bekräftigt und in glänzender Rede hat Noske die Prinzipien seiner Amtsführung dargelegt und er hat überzeugt. Die ganze Aussprache bewegte sich auf erfreulicher Höhe, und der Eindruck war allgemein, daß diese gegenseitige Aussprache von allergrößtem Nutzen gewesen ist.“

Laut „Koff. Jg.“ sagte Noske im wesentlichen folgendes: „Der Fall Reinhard sei für ihn erledigt. In vielen Berliner Mäthernversammlungen gäbe jetzt ehemalige Inorganisierte den großen Ton an. Für Hunderte und Tausende war die Revolution nur eine Gelegenheit zum Stehlen. Das machte die Anständigen kaputt und jagte sie wieder dem alten Regime zu. Leute, die nie den Mund aufgemacht haben, solange der Schützengabeln ihnen drohte, haben nach der Revolution in den Fabriken an Terrorismus, Mord und Vergewaltigung anderer Meinungen die schlimmsten Sünden der früheren Mächte aber tausendfach überboten.“

Wenn wir durchkommen wollen, müssen wir den Mut zur Härte haben und lieber ein paar Tausend Tullöpfe opfern, als ein 60-Millionen-Volk. Die Offizierkorps blieben in erster Linie, die Leute, die im Januar für uns gekämpft haben, so dann die armen Frontoffiziere, die sich im Kriege ausgezeichnet haben. Wir werden am 1. Januar ein kühneres Offizierkorps haben, das mit seiner Existenz an die Sicherheit des Landes und an die Festigkeit der Regierung gebunden ist. Wo Übergriffe vorkommen, schaffe ich Membran. In Ostpreußen habe ich Befehl gegeben, auf jeden Mann zu feuern, der nach dem Baltikum hinüber will. Aber auch dort läßt sich der schauerliche Knoten nicht mehr mit Gewalt durchhauen, sondern nur mit starker Ruhe geduldig lösen.“

Kleine Nachrichten.

Berlin, 26. Sept. Die Wiederanknüpfung der deutsch-polnischen Verhandlungen ist heute erfolgt. Nachdem der Unterstaatssekretär v. Brodowski bereits am Voremittag den Reichsminister besucht hatte, fand nachmittags im auswärtigen Amt eine Besprechung im kleinen Kreise statt, an der von polnischer Seite außer Dr. von Brodowski die Abgeordneten Dr. Diamond und Korczynski teilnahmen. Nach den Vereinbarungen, die in dieser Besprechung über den Gang der Verhandlungen getroffen wurden, ist zunächst beabsichtigt, die Frage der Amnestie, sowie des Austausches von Internierten und Kriegsgefangenen zum Abschluß zu bringen. Die polnischen Delegierten sagten insbesondere zu, daß die Heimkehr der aus Oberschlesien vertriebenen Deutschen sofort durch Vermittlung der fremden Militärmissionen ins Werk gesetzt werden solle und stellen fest, daß sämtliche noch in Polen zurückgehaltene Deutsche sich fürderlich in einem guten Zustand befinden, sobald irgendwelche Besorgnisse über ihre Schicksal unbegründet sind. An die Verhandlungen über die Amnestie soll sich eine Erörterung aller übrigen noch schwebenden Fragen schließen. Es besteht die Absicht, in möglichst kurzer Zeit ein Übereinkommen in den Hauptpunkten herbeizuführen und die Einzelheiten späteren Beratungen vorzubehalten. Über den Gang der Verhandlungen wird die Öffentlichkeit fortlaufend unterrichtet werden.

Berlin, 26. Sept. Der Friedensauschüß der Kammer wird morgen nachmittag 2 Uhr den Beschlußantrag de Jettre beraten, der die Regierung ersucht, mit den Signatarstaaten des Versailler Vertrages Besprechungen einzuleiten, zu dem Zwecke, dem Friedensvertrag einen Nachtrag anzufügen, der die Entwaflnung Deutschlands und seiner Verbündeten durch das Verbot der Herstellung gewisser Kriegsmittel und durch Verfügung aller notwendig erachteten Maßnahmen in Wirklichkeit durchzuführen. Die Friedenskonferenz beschloß, diesen Antrag einer Beratung zu unterziehen, und auch die Meinung der Regierung einzuholen.

Essen a. d. R., 26. Sept. Die heutige Versammlung der Reichsbesitzer des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats setzte eine Erhöhung der Kohlenpreise für den Monat Oktober von 10,50 M. für Kohlen und 15,75 M. für Koks pro Tonne einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer fest. Um wieviel dem entsprechend der Bruttobetrag zu erhöhen ist, konnte noch nicht festgesetzt werden, weil noch nichts bekannt ist, in welchem Umfange der Kohlenpreis steigen wird. Die Preise für geringwertige Erzeugnisse, wie Schlammkohle und Mittelprodukte, werden nicht erhöht. Der Preis für Koksgrus erhöht sich um 2,5 M. pro Tonne. Die Preissteigerung ist nach vorheriger Zustimmung mit dem Reichsminister erfolgt und soll nur die durch die zum 1. Oktober d. J. eintretenden Lohnsteigerungen, sowie die den Besizer aus der Urlaubsregelung und den höheren Mannschafskonten erwachsenden Belastungen ausgleichen. Sodann wurde der abgedruckte Syndikatvertrag sowohl von den bisherigen Mitgliedern als auch von den neu beigetretenen Reichsbesitzern vollzogen, mit Ausnahme von sieben Besizer, von denen aber einige die Unterschrift nachholen werden.

Berlin, 28. Sept. Wie wir erfahren, ist die Meldung, daß Ende Oktober der Eisenbahnerstreik auf ein Minimum herabgesetzt werden soll, nicht zutreffend, dagegen wird geplant, am den Sonntagen nur noch etwa notwendige Arbeiterzüge, Mühlzüge und je einen Schnellzug auf jeder Strecke bestehen zu lassen. Eine weitere Einschränkung des Personenverkehrs hält das Eisenbahnministerium für unmöglich.

Berlin, 27. Sept. Demnächst wird eine gemischte deutsch-alliierte Kommission sich nach dem Baltikum begeben, um an Ort und Stelle die mit der Räumung zusammenhängenden Fragen zu klären und die nötigen Entscheidungen zu treffen. Damit von vornherein die Maßnahmen, die die Kommission trifft, unterstützt werden, hat die deutsche Regierung angeordnet, daß den Truppenteilen, die den Abmarsch betreiben, die Löhnung gesperrt wird. Auch sollen die Angehörigen dieser Truppenteile aller Versorgungsansprüche verlustig gehen.

Berlin, 29. Sept. Einer Depesche aus Wien zufolge soll die österreichische Regierung mit Rücksicht auf die trostlose Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Kohlen beabsichtigen, den Bankrott zu erklären und die Regierungsgewalt in die Hände der alliierten Nationen zu legen.

Amsterdam, 28. Sept. Ein hiesiges Presbureau meldet aus London, daß die Zahl der Auswanderer auf 964 000 geschätzt werde. Von amerikanischen und französischen Arbeiterteilen wurde Unterstützung angefordert. Die Zeitung des irischen Eisenbahnerverbandes wurde von Thomas telegraphisch aufgefordert, die Arbeit nicht früher niederzulegen, als bis sie Instruktionen von ihm empfangen habe. Infolge des Streikes sind Kohlen, Gas und Lebensmittel nun neuen freien rationiert worden. Aus den aus London und von den Eisenbahnen in den Provinzen vorliegenden Nachrichten geht hervor, daß die Arbeit allgemein um Witternach aufgehört hat. Die Abfahrt vieler gedrängter Züge, die von den Londoner Bahnhöfen nach dem Norden fahren, wurde gestern abend abgefaßt.

Lugano, 29. Sept. Admiral Cagni ist in Fiume eingetroffen und hatte mit d'Annunzio eine längere Unterredung, in der letzterer erklärte: „Admiral Cagni ist in Fiume eingetroffen mit dem Auftrag, den Kommandanten d'Annunzio zu fragen, ob er gesonnen sei, mit der Regierung zu verhandeln. Der Kommandant d'Annunzio hat geantwortet, daß er die gegenwärtige Regierung nicht anerkenne und jede Verhandlung mit ihr zurückweise.“

Paris, 27. Sept. Nach einer Meldung des ukrainischen Presbureaus wächst der Unfriede in der Ukraine gegen Dnipro mit jedem Tage. Nicht nur aus der Provinz Kiew und Poltawa, sondern auch aus den südlichen Teilen des Landes werden Erhebungen gemeldet. Im Gebiete von Bofusdary sollen die Aufständischen nach Zehntausenden zählen. Ganze ukrainische Dörfer seien von den Truppenscharen zusammengehauen und die Bevölkerung niedergemacht worden.

Parifal.

(Erstaufführung am Landestheater.)

Als im Jahre 1913 Richard Wagners Werke frei wurden, und auch die Sonderstellung des „Parifal“ als ein Wahreuth vorbehaltene „Dühenweihfestspiel“ aufhörte, da waren Wagnerfreunde und Wagnerwärmer und viele andere naive Leute, die bezüglich der tatsächlichen Verhältnisse am damaligen Hoftheater in einer glücklichen Unkenntnis lebten, der utopischen Meinung, Karlsruhe würde als eine der ersten Bühnen durch eine sofortige Aufführung von Wagners Schwannengesang das Interesse der breiteren Öffentlichkeit auf sich lenken. Damals hat sich nämlich eine sehr gute, aber wahrscheinlich auch die letzte Gelegenheit für die hiesige Oper, ihren Ruf als vornehme und führende Pflegetstätte Wagnerscher Kunst wieder herzustellen und ihr vielleicht für viele Jahre hinaus, neues Ansehen zu gewinnen und zu sichern. Denn Karlsruhe hatte einst eine Wagnertradition, und es wäre nicht nur natürlich, sondern auch klug und durchaus berechtigt gewesen, diesen Vorteil nach Möglichkeit auszunützen. Aber die Gelegenheit ließ man sich mit jener erstaunlichen Gleichgültigkeit, die für die letzten Jahre unserer Bühne charakteristisch geworden ist, entgehen. Man fuhr fort, sich im Glanze einstigen Ruhmes zu sonnen und merkte nicht, daß er nur noch ein schwaches Fünfchen war. Man träumte und schlief und ließ sich von aufstrebenden jungen Bühnen die Lorbeeren vor der Nase wegsteifen. Immer mehr machte unsere Bühne den Eindruck eines Wraßs, das fährlos dahintrief.

Damals war Wagner noch ein vogue, seine Musik stand noch verhältnismäßig hoch im Kurs. Vor dem Kriege brachte man dem „Parifal“ noch ein starkes, auch inneres Interesse entgegen. Geschickt inszeniert, konnte man in jener ereignisarmen Zeit den letzten Wagner zu einer Theaterleistung aufhaußen. Die Augen des theaterinteressierten Deutschlands wären mal wieder auf Karlsruhe gerichtet gewesen, der „reine Tor“ hätte uns möglicherweise einen klingenden Erfolg gebracht. Aber wir schienen das nicht nötig zu haben und warteten.

Aber entgegen konnten wir ihm nicht. In dieser Hinsicht sind wir ja so bewundernswert grünlich. Wagners Werk mußte seine Abnutzung, seine Krönung erfahren. Man fragt nicht, ob er in die neue Zeit auch noch hineinpaßt. Inzwischen haben wir nichts Geringeres erlebt, als einen Weltkrieg und eine Revolution, die auf geistigen Gebiet unglaublich tiefer ging als auf dem der Politik. Die Mentalität unseres Volkes ist eine durchaus andere geworden. Mit neuen Ideen, neuen Problemen sind die Köpfe erfüllt. Ein Schrei geht durch die

Welt der Intellektuellen, nach all der Lüge, nach all dem geistlosen Gerede, der Schrei nach Wahrheit. Kann da noch durch Müßiggang die rechte Tor die rechte Antwort geben? Daß sicher nicht! Was soll uns heute die gesuchte Symbolik und blutleere Allegorie des alternden Wagner, hinter der sich seine müde gewordene Gestaltungskunst verbirgt?

Den Erlösungsgedanken, in seinen großen Musikdramen immer wieder neu beleuchtet, hat er auch hier im „Parifal“ nach seiner Regeneration nochmals ganz neu zu gestalten versucht. Aber seine Erlösung durch die freie Hingabe des Lebens in seiner schönsten Blüte (Siegfried, Tristan), durch den großmütigen Verzicht auf reines Glück (Hans Sachs), sondern eine Erlösung, erkauft durch die Unterjochung des stärksten menschlichen Triebes, eine Erlösung, verdient durch eine neue Schwach und künstlich motivierte Entfagung, eine Erlösung endlich, die durch die Verquickung mit dem christlichen Erlösungsgedanken ein nur mühsam herbeigeführtes, erzwungenes Schlußstück ist.

Wagner ist es weder gelungen, unser Mitgefühl für Amfortas zu wecken, noch auch Parifals Tat als so bedeutungsvoll und überragend groß herauszuarbeiten, daß wir in ihm den mit der Kraft der Entföhnung bedenkten Erlöser sehen können. Und damit fällt der ganze Gehalt der Dichtung in sich zusammen. Was ist uns dieser an seiner Wunde schmachtende Amfortas, dieser rasende Klinglor, diese bald bühnende, bald wehlagende Kundra, dieser aus ihren Armen fliehende Parifal? Sie können nicht zu unserm Herzen sprechen, wir können sie nur rein verstandesmäßig begreifen, da sie blutleere Personifikationen irgend eines Prinzips sind.

Wagners „Parifal“-Musik ist selbst der beste Beweis für die Angulänglichkeit dieser mehr konstruierten als aus einem großen Erleben und Gefühl geschöpften Dichtung. Er selbst konnte sich nicht daran entzünden, die musikalische Quelle, die sonst bei ihm so überfließend floß, spendete nur wenig Erquickung, nur Weniges, das den Stempel des Unvergänglichen an der Stirne trägt. Der freie Flug seiner Phantasie mußte gelähmt werden durch das strenge Gebundensein an eine gewaltam aufgezwungene Idee, aber auch durch die starre Form der Sprache, die ein eigenkümliches Gemisch darstellt von mythischem Halbunkelt und wunderbar poetisch gestalteten Partien, allerdings nicht frei von Geschmacklosigkeiten, wie zum Beispiel die Worte, mit denen Gurnemanz den jungen Parifal aus dem Gralstempel jagt: „Daß du hier künstlich die Schwäne in Ruh, und fuche dir Gänser die Gans!“ Vergleichen suchen wir im „Parifal“ die dämonische Gewalt der Däne, mit denen er einst im „Lohengrin“ die schwüle Sinnlichkeit der Venusberg-Atmosphäre gemalt, die mythisch-romantischen Spärentlänge des Grals im „Lohengrin“, die Reiden-

schaft, die die „Tristan“-Musik durchglüht, den Reichtum, die Schönheit und Originalität der Erfindung des „Kings“. Der „Parifal“-Musik fehlt die blühende Schönheit der früheren Werke. Sie ist gewollt feierlich und unfürlich und deshalb lange überlange Partien hindurch in einem geheimnisvollen Dunkel gehalten. Nur an wenigen Stellen kommt Wagners Phantasie zur ungehemmten Entfaltung und läßt ihn dann Töne und Klänge von ergreifender Schönheit finden. So in dem großen Zwischenpiel, das uns Parifals Gang nach Romalbat betrauschlicht und das um das feierliche Gloriamotiv aufgebaut ist. Auch die Gralsgesenen selbst sind mit meisterhafter Verwendung der künstlerischen Mittel glanzvoll gestaltet. Den musikalischen Höhepunkt des Werkes bildet der Karfreitagsgaube, über dem ein wunderbarer Frieden ruht. Eine der wenigen Stellen, die ans Herz greift.

Der Eindruck, den die Aufführung hinterließ, war ernst und würdig. Zwar gelang es ihr nicht immer, was eine ihrer Hauptaufgaben gewesen wäre, uns das Theater vergessen zu machen, uns in die überirdische Welt des Grals zu entziehen. Einer jeden Bühne sind da Grenzen gezogen, der unferigen besonders, da sie in allen technischen Fragen mit modernen Bühnen nicht gleichen Schritt gehalten hat. Der verstorbene Theatermalter Wolf hat sich vor seinem Tode noch eingehend mit dem Parifalstoff beschäftigt und zum Teil ganz herrliche Dekorationen hinterlassen. Am besten gelungen ist ihm der Gralstempel selbst, übrigens in enger Anlehnung an das Wahrheit Vorbild. Das Gold und Blau der Säulen und Wände, das Rot des Thrones und das Weiß der Tische geben einen schönen Zusammenklang. Die Bilder des Waldes und der Klumenaue bekommen aber durch die hohen, kalten, künzbedeckten Felswände etwas Starres. Den Wahrheit Bühnenbildern schienen baltische Motive, mehr freundlich-lieblichen Charakters, zugrunde zu liegen. Gut getroffen ist die Stimmung der Gaid (II. Akt, letzte Szene), nur darf am Schluß die Beleuchtung nicht zu stark werden, weil sich das Violett der Wege mit dem Dunkelgrün der Moosbügel nicht verträgt. Enttäuschen mußte aber Klinglors Zaubergarten mit seinen steifen Moostreppen. Es fehlt wie auch den Kostümen der Zaubermädchen, das Zaubersche.

Eine große herrliche Leistung hat Herr Schöffel als Parifal. Die Stimme klang warm und weich, in den zarten lyrischen Partien, kraftvoll und von hellem Glanz umstrahlt an den dramatischen Höhepunkten. Eine Ermüdung, am Schluß zu immer freieren Höhen emporsteigend, führte er die schwere Gesangspartie in meisterhafter Weise zu Ende. Auch in der Darstellung fand er den rechten Ton für die kindliche Unschuld des Knaben, beachte das Erwachen zum Mann, gut zur Anschauung und ließ den reifen, zum Amt des Erlöses gefaßten Parifal Züge hopeitsvoller Reine. Eine Heine Aus-

Badische Webersicht.

Sämtliche Fraktionen des Landtags

treten am 2. Oktober zu Beratungen zusammen. Am 16. Oktober nimmt der Verfassungsausschuss seine Arbeiten wieder auf. Seine Aufgabe besteht in der Hauptsache darin, die Bestimmungen der badischen Verfassung mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Na. Von einer weiteren Besserung der Arbeitsmarktlage kann in dieser Berichtwoche nicht die Rede sein, da die infolge Rohstoffmangels erwarteten Kündigungen und Entlassungen nunmehr eingetreten sind. Gemeldet sind in dieser Woche 11 372 Erwerbslose, in der Vorwoche waren 11 386 vorhanden. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist wieder gestiegen und zwar von 4 572 auf 4 668, was auf die erfolgten Entlassungen in der Textilindustrie zurückzuführen ist. Es ist jedoch hier jetzt eine kleine Besserung durch vermehrte Zufuhr von Rohstoffen eingetreten. Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereich der Landesstelle für Baden ausbezahlt: in der Berichtwoche 475 587 Mark, in der Vorwoche 394 466 Mark und im ganzen seit November 1918: 24 350 136 Mark. Für Arbeitsvermittlung wurden 128 268 Mark ausbezahlt werden. Ein großes Arbeitsfeld bietet nach wie vor die Metallindustrie, besonders für Elektromonteur, die Holzindustrie für Möbelweiner, Küfer und Wagner, sowie die Bekleidungsindustrie für Schneider und Schuhmacher. Auch das Baugewerbe verlangt dringend Maurer und Zimmerleute. Die Nachfrage nach weiblichem Haus- und Küchenpersonal wird von Tag zu Tag größer, ohne daß bisher dem großen Mangel abgeholfen werden konnte. Infolge der obenerwähnten Zufuhr von Rohstoffen konnten 2 Textillfabriken ihren Betrieb in kleinem Umfang wieder eröffnen, wodurch 9 Männer und 82 Frauen Arbeit fanden. Betriebsbeschränkungen mußten wegen Rohstoffmangels leider auch wieder vorgenommen werden, wobei wieder 100 männliche und 300 weibliche Arbeitskräfte zur Entlassung kamen, und weitere Schließungen und Einschränkungen stehen aus demselben Grunde bevor in der Abteilung Schuhfabrik des Einkaufs süddeutscher Städte in Bruchsal und wegen Auflösung des Betriebs ab 1. Oktober 1919 beim Artilleriepark Fahr, wozu etwa 70 Männer und 110 Frauen betroffen werden. Mit Rohstoffarbeiten waren in der Berichtwoche 6 104 Erwerbslose beschäftigt; in der Vorwoche waren es 6 104.

Badischer Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

BC. Karlsruhe, 28. Sept. Im großen Rathhausaal begann gestern vormittag um halb 9 Uhr der zweite badische Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Er war aus allen Teilen unseres Landes von zahlreichen Vertretern besucht. Den Vorsitz führte Reichsanwalt Stein-Karlsruhe. Arbeitsminister Müdert begrüßte die Versammlung im Auftrage der Regierung. Ministerialrat Ritter, als früherer Geschäftsführer der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Auf Antrag von Wills-Offenburg wurde folgendes Bureau gewählt: Stein-Karlsruhe, erster Vorsitzender, Engelhardt-Heidelberg, zweiter Vorsitzender, Forch, Schriftführer, Habel, zweiter Schriftführer. Dann wurde folgende Ausschüsse gebildet: Statutenkommission, sozialpolitische Kommission, Verwaltungskommission, Mandatsprüfungskommission, Wahlkommission, Hinterbliebenenkommission. — Gaugeschäftsführer Seckle-Karlsruhe gab einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung des Gauverbandes Baden und Kaiser-Walden erstattete den Kassenbericht. Darnach betragen die Einnahmen 38 980 Mark, die Ausgaben 30 000 Mark, der Kassenbestand 16 000 Mark, wurden an die Bundesleitung abgeführt. An die Erfüllung des Berichtes schloß sich eine Ansprache an. In der Nachmittags Sitzung erstattete Hoffmann-Berlin den Tätigkeitsbericht. Darnach ist der Reichsbund überaus stark gewachsen, er habe jetzt 450 000 Mitglieder in 4000 Ortsgruppen. Der Reichsbund, erklärte der Redner, müsse immer politisch und religiös neutral bleiben. Justizminister Kühn sprach über die Verstaatlichung der Kriegsbeschädigten- und Reichshinterbliebenenfürsorge und Verdrückung der bisherigen Tätigkeit des Badischen Gaubandes. Der Redner stellte fest, daß in Baden die freiwillige Kriegsbeschädigtenfürsorge gut gearbeitet habe, vor allem Dank der Tätigkeit des

stellung: das erste Auftreten und die Art und Weise, wie er sich dazu verhalten hat, und das, was er sich dabei erlauben darf, ist nicht frei von einer leichten Komik, die sich sicherlich vermeiden läßt. Die an Stimmkraft und Darstellungsvermögen ungemein hohe Anforderung stellende Partie der Kundt wurde von Frau Kammerjangerin Berta Morona vom Württemberg Nationaltheater weniger gelungen als gespielt. Sie besitzt zwar noch schöne Reste ihres einst herrlichen, weitzerhaft durchgebildeten Organes, und diese souveräne Kunst der Stimmbehandlung befähigt sie auch heute noch, gesanglich zu gestalten, zu charakterisieren, ja sogar mit einigen lyrischen Partien zu entzücken. Aber es sind eben doch nur Reste, die da nicht mehr ausreichen, wo die dramatische Entwicklung die Entfaltung einer großen, die Orchesterlust freudig überfliegenden Stimme gebietet. Ihr Spiel, bis zur letzten Geste ausgeklügelt, schilfert in dem wechselnden Lichte dieses unseligen, dämonischen Weibes, bis sich am Schluß die Wellen festlicher Erregungen legen und eine Entspannung zu ruhigen, harmonischen Linien eintritt. Den schwachen, sich nach dem Tode sehnen den Amfortas gab Herr Büttner, wie immer mit kräftigen charakteristischen Strichen; doch vergeblich suchte er ihn uns menschlich näher zu bringen. Seine Leiden konnten sein echtes, tiefes Mitleid nicht erwecken. Den Gurnemanz sang Herr Giese mit prächtiger Entfaltung seines weichen, sonoren Vorgesanges. Nicht sonderlich liegt Herrn G. der Klinglor. Nur in den wenigen getragenen Stellen kam die Klangfülle seiner weichen Stimme zur Geltung; die wenig fangbar geschriebene Szene muß aber auch alle Schönheit des Vorgesanges vernichten. Dem unsichtbaren Riturel ließ Herr Gagedorn seine Stimme, die sehr feierlich, nur mandolinal nicht ganz tonrein klang. Auch den Ehören sind große Aufgaben gestellt, die gut gelöst wurden, selbst da, wo der Sopran bis fast an die Grenze des Möglichen geführt wird. Herr Cortolozis leitete die Aufführung mit Energie und Beherrschung aller Faktoren, unter seinem aufmerksamen Stabe entfaltete das Orchester strahlende Klangfülle, die der Schlusszene zu einer großen, wenn auch nur äußerlichen Wirkung verhalf. Das Haus war bis auf den letzten Platz besetzt. Das Publikum folgte der Aufführung, trotz mancher Längen, mit großem Interesse und hielt streng darauf, daß nach den Absichten der Stimmung nicht durch Beifallsklatschen gestört wurde. Den regelmäßigen Theaterbesucher freute es mehr als dies die unnachlässliche Strenge, mit der die unverbesserlichen Zuspätkommer bis zu den Abschlüssen ungeschuldig gemacht wurden. Warum nicht immer so? Hugo Koller.

Ministerialrats Ritter. In Baden sei die Kriegsbeschädigtenfürsorge dem Arbeitsministerium unterstellt worden. Die Zahl der Kriegsbeschädigten in Baden dürfe etwa 80 000 betragen, das Vermögen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Baden betrage etwa 4 Millionen Mark. Berufsberatung und Berufsvermittlung seien in Baden bisher die Hauptzweige der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewesen, sie würden es auch fernerhin bleiben. Der Redner gab dann einen Überblick über die Fürsorgetätigkeit für die Kriegsbeschädigten. Stelle. Geschäftsführer Hurschig berichtete über Einstellungszugang für Schwerkriegerbeschädigte. Er kündigte an, daß ein Gesetz über die Verschärfung des Einstellungszugangs in Vorbereitung sei, wobei jeder Schwerkriegerbeschädigte bei Stellenbesetzung vor anderen vorgezogen werden müsse. An die Vorträge schloßen sich Aussprachen an. Darin teilte Postrat Klug mit, daß die Oberpostdirektion in Karlsruhe für die Prüfung der Angestelltenfragen für Kriegsbeschädigte ein eigenes Referat geschaffen habe.

Zum Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte.

faßte die am 26. September d. J. in Karlsruhe tagende Generalversammlung des Verbandes Süddeutscher Industrieller, welche aus allen Teilen des Verbandsgebietes sehr zahlreich besetzt war, einstimmig folgenden Beschluß, welcher sofort dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten der Deutschen Nationalversammlung übermittle wurde:

„Die am 26. September d. J. im Künstlerhaus zu Karlsruhe tagende Generalversammlung des Verbandes Süddeutscher Industrieller bezieht den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte in seiner heutigen Fassung als für die Industrie absolut unannehmbar. Die Bestimmung des § 35 des Entwurfes, wonach die Betriebsräte in Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbetrieben verpflichtet sind, und von denen mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigt werden, verlangen können, daß ihnen alljährlich die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das verfloßene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt wird, bedeutet eine direkte Gefährdung der einzelnen Firmen, da durch eine bloße Indistretion, durch die ein ungünstiges Jahresergebnis bekannt wird, der Kredit der Firma erschüttert und damit die Vernichtung des Unternehmens herbeigeführt werden kann, die die Arbeitslosigkeit der in dem Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer zur Folge haben muß. Eine wirklich objektive Wirkung bei der Beurteilung der Betriebsleistungen setzt volles Verständnis für das geschäftliche Risiko voraus. Es ist jedoch kaum denkbar, daß selbst der intelligenteste Arbeitnehmer — bei noch so guter Leitung in seinem Fach und bei noch so gutem allgemeinem wirtschaftlichem Verständnis — aus Bilanzen und Geschäftsberichten die Schlüsse zu ziehen vermag, welche die Wohlthat des Unternehmens für die Zukunft und nicht nur für den Augenblick bedeuten. Der Gesetzentwurf stellt ein Klaffen dar, ein Gesetz gegen eine bestimmte Klasse von Bürgern zum Nachteil dieser und der Allgemeinheit und keineswegs immer zum Vorteil der Arbeitnehmer, wie auch die Bestimmung des § 35 beweist. Der Entwurf zeigt eine völlige Verkennung des Wesens geschäftlicher Unternehmungen und eine Unterschätzung der Aufgaben und der Verantwortung des Unternehmers. Es ist ein Unbegriff, daß der Arbeitgeber gesetzlich und finanziell voll verantwortlich bleiben soll, während er gleichzeitig in der freien Auswahl des Personals behindert, bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten Beschränkungen unterworfen werden soll. Das müßte zur logischen Folge eine Umänderung der Haftung und Verantwortung des Kaufmanns, der Vorstands von Gesellschaften usw. betreffenden Bestimmungen des BGB. und des Handelsgesetzbuchs haben. Der Eintritt von Vertretern des Betriebsrates in den Aufsichtsrat von Unternehmungen, den § 34 des Gesetzentwurfes vorseht, ist eine Bestimmung, die nicht dem Sinne und der Struktur der ganzen im Handelsgesetzbuch niedergelegten Gesetzesbestimmungen über die Aktiengesellschaften entspricht. (Man vergl. die §§ 248 und 249 HGB.) Wenn die Arbeitnehmer Mitbestimmungsrecht in der Leitung und der inneren Verwaltung der Betriebe haben wollen, dann müssen sie folgerichtig auch mittragen an der Verantwortung und an den finanziellen Auswirkungen des von ihnen ausgeübten Mitbestimmungsrechtes. Die Generalversammlung hält die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht für geeignet, die Arbeitsfreudigkeit und die notwendige Ruhe und Ordnung in den Betrieben zu heben, hält den Gesetzentwurf vielmehr in seiner ganzen Tendenz für verfehlt. Die Bestimmungen des Gesetzentwurfes würden nur dazu beitragen, die Schwierigkeiten zu vermehren, die sich dem Wiederaufbau unseres schwer darniederliegenden Wirtschaftslebens entgegenstellen. Der Verband Süddeutscher Industrieller, der das Recht der Mitwirkung der Arbeiter- und Angestelltenchaft bei der Regelung der Arbeits- und Angelegenheiten betreffend Fragen anerkennt, erhebt jedoch schärfsten Protest gegen das im Entwurf vorgesehene Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Leitung der Betriebe. Er erklärt in den Bestimmungen des jetzigen Entwurfes nicht nur eine schwerwiegende Gefahr für unsere Industrie, sondern befürchtet vor ihrer Gesetzgebung den völligen Ruin unseres Wirtschaftslebens.“

Neue evangelische Pfarrkandidaten.

* Von zukünftiger Stelle wird uns geschrieben: Nachfolgende fünfzehn Kandidaten, die sich der zweiten theologischen Prüfung in diesem Frühjahr unterzogen haben, sind unter die badischen evang. Pfarrkandidaten aufgenommen worden: Kurt Batine von Leipzig-Gohlis, Hans Vorhardt von Berlin, Julius Brunn von Siebach, Max Bärz von Tegernau, Ernst Deussen von Meßel (Hempenroding), Hermann Dürr von Tauberbischofsheim, Erwin Ederer von Jaitenhäusern, Friedrich Gauß von Rogelbach, Willi Klend von Mannheim-Sandhofen, Jakob Laub von Gimbshausen (Gessen), Theodor Odenwald von Tauberbischofsheim, Hans Pfaff von Baden-Baden, Runo Schimmelbusch von Gille (Westfalen), Otto Soellner von Mannheim, Hugo Specht von Zell i. W.

Freiburg, 29. Sept. Infolge dichten Nebels überfuhr gestern früh gegen 9 Uhr ein von Karlsruhe kommender Personenzug bei der Einfahrt in den hiesigen Hauptbahnhof das auf Halt stehende Einfahrtsignal und stieß mit einem den Bahnhof in Richtung Badstrich verlassenden Personenzug zusammen, wobei die letzten Wagen des Badstricher Zuges umgeworfen wurden. Ein Bahnbeamter und eine Reisende wurden schwer verletzt, 8-9 Reisende wurden leicht verletzt.

Freiburg, 28. Sept. Die Ruhrerkranungen in verschiedenen, zum Teil weit auseinanderliegenden Orten des Breisgaus nehmen allmählich einen bösartigen Charakter an. Schwer heimgefuhr wurde das im Bezirk Kenzingen gelegene Gerbolzheim, wo der Anbruch bis vorgefunden 22 Menschenleben zum Opfer fielen. Aber auch in anderen Ortsteilen des Kenzingen Bezirks, namentlich in dem Dorfe Züschen, greift die Ruhr immer weiter um sich. Die betroffenen Gemeinden suchen durch Einrichtung von Kollazaretten die Kranken zu isolieren. (Bad. Presse.)

BC. Hirsingen, 26. Sept. Erschütternde Meldungen liegen über die Ruhrerkrankung aus Hirsingen vor, da die Räumliche

Seiten der Kleinkinderschule zur Unterbringung der zahlreichen Kranken nicht mehr ausreichen, ist jetzt die Volksschule für die Bedauernswerten eingerichtet worden. Zurzeit liegen da 73 Personen. Der Epidemie sind im ganzen schon an 50 Menschen zum Opfer gefallen, namentlich die letzten Tage haben so manches Menschenkind abberufen. Ganze Familien sind überaus schwer betroffen worden. Vater, Mutter und Tochter liegen schwer krank darnieder. Eine andere Familie hat bereits zwei Knaben hergeben müssen und muß mit dem Ableben des dritten Kindes rechnen.

Badische Zeitungsstimmen.

Mehr Staatsautorität.

Dem „Mannheimer Generalanzeiger“ wird aus Karlsruhe geschrieben:

„Es ist zweifellos die höchste Zeit, daß die Reichsregierung und die Landesregierungen etwas tun, um der immer weiter fortschreitenden moralischen Verumpfung des Volkes Einhalt zu bieten. Statt sich seiner politischen Freiheit zu freuen und das Recht der politischen Mitbestimmung zum Besten des Volksganzen zu handhaben, erweisen sich viele Schichten unseres Volkes als in politischem und sozialem Sinne völlig unzulänglich. An die Stelle einer so dringend zu erhoffenden Erhellung der politischen Vernunft und des sozialen Gefühls ist ein zielloser, raffigieriger, von allen moralischen Beben freier Materialismus getreten, eine Denkungsweise, die nur das eigene Wohl im Auge hat und sich betrieblig fühlt, wenn es einmal wieder gelungen ist, den lieben Nächsten tüchtig über's Ohr zu hauen. Nach der Ansicht der Karlsruher Regierung ist es die allerhöchste Zeit, daß das Volk aus sich heraus die sittlichen Kräfte entwickelt, die allein imstande sind, diesen Geist des Schiebertums zu bannen. Auf der anderen Seite wird aber von den um unseres Volkes Zukunft besorgten Kreisen der Wunsch nach festerem Zusammenhalten der Regierung in immer stärkerem Maße laut. Diesem Wunsch werden sich Reichsregierung und Landesregierung nicht entziehen können, wenn sie wirklich ihre Pflicht erfüllen wollen. Die Regierung und die sämtlichen Ordnungsparteien müssen sich zusammenfinden, die Mittel und Wege ausfindig zu machen und die Maßnahmen zu beraten, die den moralischen Zusammenbruch unseres Volkes verhüten können! Ohne Zwang wird es dabei nicht abgehen können. Ermahnungen und Warnungen haben sich bisher als völlig erfolglos erwiesen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die „Karlsruher Zeitung“ zweifellos in voller Übereinstimmung mit der badischen Regierung die Notwendigkeit eines derartigen Zwanges, die Notwendigkeit einer Hebung der Staatsautorität mit allem Nachdruck vertritt. Nur wäre zu wünschen, daß die Regierung nun auch von sich aus die Initiative ergreife, um praktische Maßnahmen, die Erfolg versprechen, in die Wege zu leiten!“

Die „unfähige Regierung“.

Der „Vollstreuer“ schreibt:

„Wo du gehst und wo du stehst, kannst du's hören. Das eine sagt's, die andere sagen's nach. Ja, die unfähige Regierung. Und was hat sie wieder verbrochen? Sie hat den Gafes freigegeben, die Säure und das Leber. Die Folge ist schmerzhaftes Steigen der Preise. Die ganze Brotgetreideverwertung kommt ins Wanken. Und Schube — mein Lieber, damit ist's aus —, die kannst du dir nicht mehr kaufen. Der eine sagt's, die andere schimpfen mit. Merkwürdig! Wenn sonst über jemanden losgezogen wird, fragt man doch nie und da: Ist es denn auch wahr, was man über ihn sagt? Diese Vorwürfe braucht's der Regierung gegenüber nicht mehr.“

Wo ist nun der Beweis, daß die Regierung schuld ist an der Freigabe von Gafes und Säuren? Die Kritiker schweigen, trotzdem die Antwort für jeden ernsthaften Politiker nicht zu schwer ist. Sie lautet:

Die badische Regierung ist in dieser Sache nicht zuständig, sondern das Reichswirtschaftsministerium. Das Reichswirtschaftsministerium wiederum hat die Sache nicht aus eigenem Antrieb gemacht, sich sogar dagegen gesträubt. Es wurde aber durch einen Beschluß des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung gezwungen. Diese ist aber vom Volk gewählt, sie ist die Inhaberin der höchsten Gewalt, ihre Beschlüsse sind vom der Regierung zu vollziehen. Der Ausschuss der Nationalversammlung, dessen sozialdemokratische Mitglieder gegen die Freigabe angekämpft und dagegen gestimmt haben, stand wiederum unter dem Einfluß einer großen Volksbewegung. Nicht nur die Interessenten, nein, auch Kreise der Konsumenten waren es, die ungestüm und mit allem Nachdruck die Aufhebung der Zwangswirtschaft forderten. In der Nationalversammlung unterlag man dem Druck, die Regierung mußte sich fügen. Und nun, da sich die unliebsamen Folgen zeigen, ist natürlich die Regierung schuld. Alle, die dordem so stürmisch die freie Wirtschaft verlangten, schlagen jetzt nicht etwa an ihre Brust und bekennen sich schuldig, sondern rufen: Kreuzige!

Daraus ersieht man, wie das Volk wieder einmal ein Opfer von Schlagworten geworden ist. Verachtete Kritik soll und muß geübt werden. Deshalb richte man sich in diesem Falle nicht gegen die angeblich sozialistische Regierung.“

Aus der Landeshauptstadt.

Bürgermeisterwahl. Nach der „Bad. Landesztg.“ haben sich die Rathhausparteien auf folgende Kandidatenliste für die Bürgermeisterwahl geeinigt: 1. Bürgermeister Stadtrat Sauer (Soz.), 2. Bürgermeister Dr. Dorfmann (Dem.), wie bisher, 3. Bürgermeister Dr. Kleinschmidt (Dem.), wie bisher, 4. Bürgermeister Oberbauminister Schneider (Zent.). Darnach scheidet also Bürgermeister Dr. Paul aus dem Amte des ersten Bürgermeisters aus.

sch. Von der Freiwilligen Feuerwehr. Die Gerätschaften des sog. Hofferhauses (1. Kompanie), welche Eigentum der Zivilisten gewesen, jedoch der 1. Kompanie zur Benutzung überlassen waren, sind nunmehr durch Kauf in den Besitz der Stadtverwaltung übergegangen. Hierdurch besitzt nun die Stadtverwaltung zwei eigene Dampftriffler.

sch. Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe-Mühlburg. An den Gebäulichkeiten der Badischen Leberwerke hielt am Samstagabend 6 Uhr unter Leitung ihres Kommandanten Pfeiffer die Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe-Mühlburg ihre Späthauptübung ab, an welcher sich auch die Stadt-Feuerwehr beteiligte. Zur Verwendung gelangten 2 Maschinen- und 2 Anstellern; mit 5 Schlauchleitungen wurde das angenommene Feuer bekämpft. Seitens der Stadtverwaltung waren Stadtrat Klupp und Obergerichtler Eick erschienen. Die städtische Feuerwehr war durch Oberkommandant Heuser und Adjutant Schönberr, sowie verschiedene Hauptleute vertreten.

Büchertisch.

Im Verlag „der Zwemann“, Hannover, erscheint demnächst eine Ausgabe von der Polymeter von Jean Paul, die als Sonderdruck bisher nicht herausgegeben worden sind.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 18. September d. J. den Landeskommissar, Geh. Oberregierungsrat Dr. Karl Schneider in Freiburg und den Geheimen Regierungsrat Dr. Ludwig Turban in Karlsruhe ihres Amtes als ständige Mitglieder, sowie

den Ministerialdirektor Gustav Arnold im Ministerium des Innern seines Amtes als stellvertretendes Mitglied des Landesversicherungsamts auf Ansuchen entlassen.

Das Staatsministerium hat unterm 18. September d. J. den Direktor Hermann Weber beim polytechnischen Arbeitshaus Rissau seinem Ansuchen entsprechend auf den 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

Der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Kuppenheim, Dekanat Bernsbach, dem bisherigen Pfarrverweser Heinrich Geiler selbst überlassen. Derselbe ist am 10. August d. J. kirchlich eingeseht worden.

Das Ministerium des Innern hat unterm 20. September d. J. den Kreisrat Karl Weiser bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues als Rechnungsbeamten zu dem bezeichneten Ministerium versetzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 22. September d. J. den Eisenbahnassistenten Alfred Kull in Karlsruhe zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat versetzt: unterm 7. Januar d. J. den Eisenbahnsekretär Ludwig Best in Galtlingen nach Basel,

unterm 16. August d. J. den Eisenbahnsekretär Gustav Cettli in Zell (Wiesental) nach Schliengen,

unterm 26. August d. J. den Obereisenbahnsekretär Johannes Schwöbel in Forstheim nach Mannheim.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 24. September d. J. den Obereisenbahnsekretär Heinrich Treiber in Donaueschingen als Stationskontrollleur nach Waghäusel versetzt.

Badisches Landestheater

Dienstag, den 30. September 1919

Parsifal

Anfang 4 1/2 Uhr Besondere Preise

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.

Winter-Semester 1919/20.

Beginn: 29. September 1919. Dauer: 16 Vortragswochen.

Die Vorlesungen finden in der Technischen Hochschule — im Aulabau — statt u. beginnen pünktlich 8 Uhr abends.

1. Rechtswissenschaft.

Kredit- und Kreditsicherungsgeschäfte. Doz.: Herr Oberlandesgerichtsrat Mainhard, Karlsruhe. Jeden Montag, abends 8 Uhr. Beginn: 29. September.

2. Volkswirtschaftslehre.

Der Handel, Handelsorganisation und -Politik. Dozent: Herr Geheimrat Dr. von Zwiédneck-Südenhorst, Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr. Beginn: 30. September.

3. Finanzwesen.

Die kommenden neuen Reichssteuern. Dozent: Herr Jos. Dr. Rheinboldt, Exzellenz, ehemalig. Großh. Bad. Finanzminister. Jeden Freitag, abends 8 Uhr. Beginn: 10. Oktober.

4. Privatwirtschaftslehre.

Grundzüge der Beurteilung von Bilanzen. (Halbsemesterkurs). Dozent: Herr Bankier Dr. Stein, Karlsruhe. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Beginn: 2. Oktober.

5. Verkehrswesen.

Politik u. Technik der Eisenbahnarbeit. (Halbsemesterkurs). Dozent: Herr Stadtrechnungsrat Pfeiff vom Städt. Hafenamts Karlsruhe. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Beginn: 4. Dezember.

Die Besuchsgebühren betragen für das Winter-Semester:

Table with 2 columns: 'Für Kauf' and 'Für Prinzipale, Di-männlich, rektoren, Prokurist, Ange-sowie für Nicht-stellte kaufteute'. Rows include '1. für sämtliche Kurse', '2. für einen Semesterkurs', '3. für einen Halbsem.-Kurs'.

Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen: A. Bielefelds Hofbuchhandlung; E. Kundt; J. Lincks Buchhandlung; Weststadtbuchhandlung Ernst Lützerath. Karlsruhe, September 1919.

Das Kuratorium.

Gesucht wird auf sofort ein tücht. Reisender zum Besuche der Viehbesitzer auf dem Lande bei Gehalt u. Provision. Hesse & Haferkorn, Erfurt.

Bekanntmachung über Aufhebung der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln.

Vom 11. September 1919.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) folgendes bestimmt:

Die Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 7. September 1918 Nr. B St I 1854/8 16 Nr. 211, betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln (Staatsanzeiger 1918 Nr. 211) und die Nachtragsbekanntmachung des Kriegsministeriums dazu vom 11. Dezember 1918 (Staatsanzeiger 1918 Nr. 291) treten mit dem Zeitpunkt der Verkündung dieser Bekanntmachung außer Kraft.

Berlin, den 11. September 1919.

Der Reichswirtschaftsminister, Schmidt.

Die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Äthylacetat sowie die Lagerung von Kalziumkarbid.

Auf Antrag der technischen Aufsichtskommission für die Unterjüngungs- und Prüfstelle des deutschen Äthylacetatvereins wird der gemäß unserer Bekanntmachung vom 27. August 1914 (Staatsanzeiger Nr. 237 vom 31. August 1914) nach § 12 der Äthylacetatverordnung unter der Typennummer J 13 zugelassene 4 kg Äthylacetatapparat der Firma Äthylacetatwerk Ebersbach a. Rh., Inhaber Eugen Hiner in Ebersbach, nach § 14 der Äthylacetatverordnung unter der neuen Typennummer A 37 für Baden zugelassen.

Für die Zulassung gelten jeweils die von der technischen Aufsichtskommission vorgezeichneten, den Aufsichtsbehörden mitgeteilten Bedingungen.

Karlsruhe, den 24. September 1919.

Ministerium des Innern, Der Ministerialdirektor: J. B. v. Wipleben.

Braun.

Bekanntmachung, betreffend Aufhebung

1. der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1077),

2. der Bekanntmachung zur Abänderung dieser Verordnung vom 19. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 637),

3. der Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung zu 1 vom 28. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1080),

4. der Bekanntmachung zur Änderung dieser Ausführungsbestimmungen vom 24. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 269),

5. der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren vom 25. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 75),

6. der Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen hierzu vom 25. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 77), vom 27. August 1919.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) folgendes verordnet:

§ 1.

Die Bekanntmachungen

1. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1077),

2. zur Abänderung der Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1077), vom 19. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 637),

3. betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1077), vom 28. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1080),

4. zur Abänderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1080), vom 24. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 269),

5. über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren vom 25. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 75),

6. betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren vom 25. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 75), vom 25. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 77),

werden aufgehoben. Die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bei der Gutachterkommission, den Kreisprüfungsstellen und den Schiedsgerichten anhängigen Verfahren werden von diesen Stellen erledigt. Die Gutachterkommission ist verpflichtet, die bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung erforderlichen Gutachten zu erstatten.

§ 2.

Vorstehende Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 27. August 1919.

Der Reichswirtschaftsminister, Schmidt.

Badisches Landestheater

Dienstag, den 30. September 1919

Parsifal

Anfang 4 1/2 Uhr Besondere Preise

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.

Winter-Semester 1919/20.

Beginn: 29. September 1919. Dauer: 16 Vortragswochen.

Die Vorlesungen finden in der Technischen Hochschule — im Aulabau — statt u. beginnen pünktlich 8 Uhr abends.

1. Rechtswissenschaft.

Kredit- und Kreditsicherungsgeschäfte. Doz.: Herr Oberlandesgerichtsrat Mainhard, Karlsruhe. Jeden Montag, abends 8 Uhr. Beginn: 29. September.

2. Volkswirtschaftslehre.

Der Handel, Handelsorganisation und -Politik. Dozent: Herr Geheimrat Dr. von Zwiédneck-Südenhorst, Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr. Beginn: 30. September.

3. Finanzwesen.

Die kommenden neuen Reichssteuern. Dozent: Herr Jos. Dr. Rheinboldt, Exzellenz, ehemalig. Großh. Bad. Finanzminister. Jeden Freitag, abends 8 Uhr. Beginn: 10. Oktober.

4. Privatwirtschaftslehre.

Grundzüge der Beurteilung von Bilanzen. (Halbsemesterkurs). Dozent: Herr Bankier Dr. Stein, Karlsruhe. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Beginn: 2. Oktober.

5. Verkehrswesen.

Politik u. Technik der Eisenbahnarbeit. (Halbsemesterkurs). Dozent: Herr Stadtrechnungsrat Pfeiff vom Städt. Hafenamts Karlsruhe. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr. Beginn: 4. Dezember.

Die Besuchsgebühren betragen für das Winter-Semester:

Table with 2 columns: 'Für Kauf' and 'Für Prinzipale, Di-männlich, rektoren, Prokurist, Ange-sowie für Nicht-stellte kaufteute'. Rows include '1. für sämtliche Kurse', '2. für einen Semesterkurs', '3. für einen Halbsem.-Kurs'.

Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen: A. Bielefelds Hofbuchhandlung; E. Kundt; J. Lincks Buchhandlung; Weststadtbuchhandlung Ernst Lützerath. Karlsruhe, September 1919.

Das Kuratorium.

Gesucht wird auf sofort ein tücht. Reisender zum Besuche der Viehbesitzer auf dem Lande bei Gehalt u. Provision. Hesse & Haferkorn, Erfurt.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen. Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Tel. 1154

Zwei echte oriental. Teppiche auch Verbindungstücke, zur Einrichtung von auswärts. Herr zu kaufen gesucht. Mitteilung unt. 56 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Personen-Kraftwagen ca. 16x40 PS, geschlossen, Mercedes oder Benz, Fabrikat neu oder wenig gebraucht zu kaufen gesucht. Angebote unter F. D. V. 933 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Dinoleum-Jobrit Maximiliansau Akt.-Ges., Maximiliansau (Rheinpfalz). Bei der am 27. September 1919 im Geschäftstotal unserer Gesellschaft in Gegenwart eines Notars vorgenommene Verlosung von Partialobligationen unserer hypothetischen Anleihe vom Jahre 1901 wurden folgende Nummern gezogen: Lit. A Nr. 75, 412, 347, 444, 295, 239, 1, 282, 606, 583. Lit. B Nr. 730, 1152, 783, 878, 997, 855, 831, 1271, 1045, 887. Die Einlösung der ausgelosten Partialobligationen erfolgt vom 2. Januar 1920 ab an den in § 1 der Anleihebedingungen genannten Zahlstellen. Aus der vorjährigen Verlosung rückständig und seit 2. Januar 1919 außer Verzinsung sind die Nummern: Lit. A Nr. 402. Lit. B Nr. 1022. Maximiliansau (Rheinpfalz), 27. September 1919. Der Vorstand: Gort.

Große Posten bayr. Stamm-, Mittel- und Zopffischer Stammsichte, Buchen-Spiegelbohlen, Eiche, parallel beäumte Ware, Kistenbretter haben abzugeben. Fidler & Tauber Holzgeschäft, Apolda i. Thüringen

med. Richard Wanderer, früher in Karlsruhe, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund des vom Beklagten am 25. Juli 1919 auf die Badische Bank in Karlsruhe ausgestellten Schecks Nr. 15309 über 4500 M. im Scheckprozeß mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung des Teilbetrags von 750 M. — nebst 6% Zinsen vom 26. Juli 1919 an.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die IV. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf: Mittwoch, 19. November 1919, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. Karlsruhe, 23. Sept. 1919. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Ö. 213.3.2 Karlsruhe. Kaufmann Wilhelm Mayer in Karlsruhe, Schützenstraße 30, hat das Angebot der auf den Namen des L. Wagner, Hofmaler, lautenden Schuldenverschreibung des Badischen Verleins für Geflügelzucht in Karlsruhe vom 15. Mai 1865 Nr. 149 über 100 fl. (Stadtpfandbrief Lit. B. Nr. 149) beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf: Donnerstag, 8. April 1920, vormittags 9 Uhr, vor dem Badischen Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 2a, 1. St., Zimmer 6 anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird. Karlsruhe, 20. Sept. 1919. Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts B. II.

Ö. 259. Forstheim. 1. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bijouteriefabrikanten Julius Beyler in Forstheim ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzechnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Forderungen bestimmt auf: Donnerstag, 23. Okt. 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Forstheim.

Ö. 259. Forstheim. 1. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bijouteriefabrikanten Julius Beyler in Forstheim ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzechnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Forderungen bestimmt auf: Donnerstag, 23. Okt. 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Forstheim.

Ö. 259. Forstheim. 1. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bijouteriefabrikanten Julius Beyler in Forstheim ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzechnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Forderungen bestimmt auf: Donnerstag, 23. Okt. 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Forstheim.

Ö. 259. Forstheim. 1. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bijouteriefabrikanten Julius Beyler in Forstheim ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzechnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Forderungen bestimmt auf: Donnerstag, 23. Okt. 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Forstheim.

Ö. 259. Forstheim. 1. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bijouteriefabrikanten Julius Beyler in Forstheim ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzechnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Forderungen bestimmt auf: Donnerstag, 23. Okt. 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Forstheim.

mission zu Freiburg aus- gestellten Erklärungen verurteilt werden. Freiburg, 9. Sept. 1919. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Verf. Bekanntmachungen Die Firma G. Silberbrand & Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim, wurde durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Juni 1918 aufgelöst und der Interzessionale zum Liquidator bestellt. Ich fordere die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich bei derselben zu melden. O. 180.3.2.1 Weinheim, 20. Sept. 1919. G. Silberbrand, Kommerzienrat.

Bad. Sinnengütertarif, Gütertarif Bad. Staatsbahnen — Bad. Privatbahnen — Bad. pfälzischer, württembergischer, bayerischer Gütertarif, Tarif für den Güterverh. d. Rhein- und Main-Hafenstation mit Bayern r.-rhein. Rh. Anstelle der bisherigen Ausnahmetarife 6, 6a und 6 b für Steinföhlen usw. tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 ein neuer Ausnahmetarif 6 mit erhöhten Sätzen. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-büro. O. 283.2.1 Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Badischer Sinnen-gütertarif. Auf 1. Oktober 1919 er-scheint zur Abt. 2 des Tarifs der Nachtrag IV durch den-selben treten im Verkehr mit den Stationen der Linie Heilsheim-Bretten Ent-fernungsbeschreibungen bis zu 2 Km. ein. Ferner wird die Entfernung Hehl Um-schlag — Basel aufgehoben. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-büro. O. 257. Karlsruhe, 28. Sept. 1919. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Zuhang zu den bad. Gütertarifen. Auf 1. Oktober 1919 wird Nachtrag II ausgegeben. Er enthält die um 50 b. S. erhöhten Frachtsätze. Preis 10 Pf. Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Zuhang zu den bad. Gütertarifen. Auf 1. Oktober 1919 wird Nachtrag II ausgegeben. Er enthält die um 50 b. S. erhöhten Frachtsätze. Preis 10 Pf. Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Zuhang zu den bad. Gütertarifen. Auf 1. Oktober 1919 wird Nachtrag II ausgegeben. Er enthält die um 50 b. S. erhöhten Frachtsätze. Preis 10 Pf. Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Zuhang zu den bad. Gütertarifen. Auf 1. Oktober 1919 wird Nachtrag II ausgegeben. Er enthält die um 50 b. S. erhöhten Frachtsätze. Preis 10 Pf. Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Zuhang zu den bad. Gütertarifen. Auf 1. Oktober 1919 wird Nachtrag II ausgegeben. Er enthält die um 50 b. S. erhöhten Frachtsätze. Preis 10 Pf. Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.